

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Evaluierung der Polizeistrukturereform (EvaPol)

Stuttgart, Landtag, 31. Mai 2017

Rede von SPD-Fraktionsvize
Sascha Binder MdL



Anrede,

„Stehende Reformen schaffen viel Unruhe.“ Mit diesen Worten begründete der Ministerpräsident den weiteren Zeitplan zum Umgang mit den Empfehlungen von EvaPol. Dieser Zeitplan sah vor, dass vor Pfingsten Eckpunkte im Kabinett beschlossen werden sollen. So berichteten übereinstimmend am 5. April 2017 Stuttgarter Nachrichten, Schwäbische Zeitung, Südkurier und dpa.

Wir befinden uns nun kurz vor Pfingsten und wir stellen fest, Herr Innenminister, dass Sie den von der Landesregierung kommunizierten Zeitplan, auf den sich die Polizei, das Parlament und die Öffentlichkeit verlassen haben, nicht eingehalten haben. Dies sorgt nicht nur für weitere Unruhe in der Polizei, sondern es drängt sich der Eindruck auf, dass Ihnen dieser Prozess zunehmend entgleitet.

Sie können den Zeitplan nicht einhalten, weil Sie den Kostenberechnungen ihres eigenen Landespolizeipräsidenten und damit ihrer eigenen Abteilung im Ministerium nicht trauen. Denn Sie wissen genau, dass Sie bei Investitionskosten von 140 Mio. Euro und jährlichen dauerhaften Kosten von 19 Mio. Euro eine rein politisch motivierte Veränderung der Polizeistruktur nicht durchdrücken können. Wohlgermerkt gegen das Votum des Landespolizeipräsidenten und entgegen – auch das ein Ergebnis unserer Großen Anfrage - der einhelligen Meinung der gesamten Polizeichefrunde, die sich einstimmig gegen Veränderungen aussprach.

Es darf nicht sein, dass ein Innenminister nur politisch motiviertes Kirchturmdenken von CDU-Abgeordneten im Kopf hat und die Expertise des eigenen Ministeriums dagegen außer Acht lässt.

Die Polizei droht zum politischen Spielball innerhalb der grün-schwarzen Koalition zu werden. Sie muss darüber hinaus nun begründete Zweifel an der Ernsthaftigkeit des breit angelegten Beteiligungsprozesses haben.

Innenminister Strobl sagte in der Debatte am 6. April an dieser Stelle, dass er Evapol zwei Vorgaben mit auf den Weg gegeben habe ... ich zitiere "die zweite war, dass es keine politischen Vorgaben gibt-mit der einzigen Ausnahme, dass ich darum gebeten habe: legt euer Ohr an die polizeiliche Basis. (Plenarprotokoll vom 6. April, Seite 1667) und weiter: „das hat es in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg noch nie gegeben. Die Evaluierung kommt von der Basis. Sie erfolgt von unten nach oben“. (Plenarprotokoll vom 6. April 2017, Seite 1668)

Und nun das: letzte Woche wurde bekannt, was man in der Polizei hinter vorgehaltener Hand schon länger munkelte, dass nämlich bereits im September und damit noch vor der Einsetzung des Lenkungsausschusses unter anderem ein neues Polizeipräsidium Nordschwarzwald und ein neues Polizeipräsidium Oberschwaben bereits als Ergebnisse feststanden. In den Artikeln der Stuttgarter Nachrichten vom 23./24. Mai 2017 ist die Rede von „gefundenen Ergebnissen (Stichwort PP Nordschwarzwald, PP Oberschwaben)“, die „gegenüber dem LPP auch unmissverständlich kommuniziert werden müssen“.

Herr Innenminister, Sie haben hier im Parlament behauptet, ich zitiere noch einmal „dass es keine politischen Vorgaben gibt“. Darauf haben die Polizei und auch wir vertraut. Nach allem, was wir jetzt wissen, können wir Ihrem Satz kein Vertrauen mehr schenken.

Ich hätte dies auch nicht für möglich gehalten, denn schon der Respekt vor den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sich in verschiedenen Arbeitsgruppen in den vergangenen Monaten viel Arbeit gemacht haben, hat solche Gedanken verboten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Ein Beteiligungsprozess kann noch so breit angelegt sein, doch wenn die Ergebnisse in Teilen schon vorher feststehen, ist er wertlos.

Die Zeit der Spekulationen und der Gerüchte muss ein Ende haben.

Der Kampf gegen den Terror, Schutz vor Einbrechern, die Gewährleistung von Sicherheit bei Fußballspielen und Demonstrationen - die Polizei hat so viele Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen. Diese sollten nicht durch Ungewissheit und Unruhe zusätzlich erschwert werden. Die Polizei muss wissen, was auf sie zukommt, um in Ruhe für die Sicherheit in unserem Land zu sorgen.

Nicht nur der Vorsitzende der DPolG Baden-Württemberg fordert zügig zu entscheiden und die Kollegen in den Revieren nicht weiter vor eine ungewisse Zukunft zu stellen. (Schwarzwälder Bote vom 26. Mai 2017).

Herr Minister, wir appellieren an Sie im Interesse der Polizei und der Sicherheit in unserem Land, machen Sie sich frei von politischen Manövern einzelner Abgeordneter ihrer Fraktion, vertrauen Sie der Fachkompetenz ihres Polizeipräsidenten und legen Sie offen, bis wann Eckpunkte für das Kabinett vorgelegt werden, bis wann ein Gesetzentwurf vorgelegt wird und wann im Fall von Zuschnittsveränderungen ein Interessensbekundungsverfahren beginnt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.